

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzelle 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 20

Sonnabend, den 16. Mai 1925

29. Jahrgang

Willkommen in Weimar zum 10. Verbandstag!

„Wir grüßen euch, Kollegen aus West, Ost, Süd und Nord, tragt eurer Tagung Früchte in alle Winde fort. Es soll ein Frühlingsodem aus Sturm und Sonnenglühn Durch staubige Arbeitsstätten, durch Bruch und Werkstatt ziehn. Und wo sich bückt ein Nacken in feiger Demut noch, wo sie gebuldig beugen sich in das harte Joch, wo noch die Menschenwürde tot in der Seele liegt, Da zeigt hinauf zur Höhe, wo unser Banner fliegt! Und wenn der Ruf zum Streiten den letzten Toren weht, und wenn der letzte Träumer sich aus dem Schlummer redt, Wenn der Gewerkschaft Fahne an jedem Ort man hißt, dann wird die Arbeit spüren, daß sie ein Riese ist.“

Am 18. Mai treten die Delegierten des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands zur 10. Generalversammlung im Volkshaus zu Weimar zusammen, nachdem bereits am 17. Mai die Vertreter der Kollegen des Straßenbaues über ihre engeren Belange als Fachgruppe beraten haben.

Der Ort, in dem diesmal die Verbandstagung vorgesehen ist, kann in seinem städtischen Straßenbild und seinem sonstigen geschäftlichen Treiben natürlich nicht mit den modernen Großstädten in ihrem Fagen und Hasen, mit dem hin und her flutenden, raselnden und fauchenden Verkehrsmitteln verglichen werden, und doch hat Weimar, die Hauptstadt des Freistaats Thüringen — Weikruf. Die hervorragenden deutschen Dichtergestalten Goethe und Schiller sind mit dem Ort Weimar recht eng verflochten; ja, man kann sich nicht gut das eine ohne das andere denken. Wer im In- und Auslande sich irgendwie von Bedeutung mit alter und neuer Kunst und Literatur beschäftigt, sucht seine Sehnsucht zu befriedigen, um die Stätten in Weimar aufzusuchen, wo die Dichter-Genies gewohnt, gearbeitet und in ihren Ruhestunden gewandelt haben. Der oder die Betreffenden suchen dann auch die Fürstengruft auf, in der die sterblichen Reste dieser sonst unsterblichen großen Deutschen beigesetzt wurden. Noch andere bekannte Künstler wie Herder, Wieland und der Philosoph Hegel waren in ihrem Wirken und mit ihren Werken mit der Stadt Weimar verbunden. Verschiedene Gebäude, Standbilder, Museen und Archive geben von alledem bereite Kunde.

Weimar hat auch für die junge deutsche Republik geschichtliche Bedeutung erlangt. Die republikanische Staatsform bleibt für einen gewissen Teil deutscher Staatsbürger wohl immer ein Scheit und Greuel. Unter ihnen fühlt sich ein gewisser Prozentsatz niemals als freier und wirklicher Staatsbürger, ihnen sitzt der Untertanengeist zu tief in den Knochen. Ein anderer Teil von diesen Republikgegnern will das Untertanengefühl weniger für sich, sondern in der Hauptsache für die große Masse des arbeitenden Volkes; so ungefähr nach dem Grundsatze der großen Ausbeuter: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben!“ Die Vorgänge, die 1919 zur Verlegung der verfassunggebenden Nationalversammlung von Berlin nach Weimar ins Nationaltheater führten, sind wohl allen Delegierten zum Verbandstag noch in frischer Erinnerung. Am 19. August 1919 wurde dann die neue Verfassung dem Deutschen Reich als Republik gegeben. Es gibt nicht wenige in Deutschland, die auf die Verfassung schimpfen, aber ein großer Teil von diesen kennt sie anscheinend nicht. Ihr gärender Groll schäumt schon hoch, wenn sie die Einleitung der Verfassung wie folgt lesen:

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Dann kommt der prägnante Artikel 1:

„Das deutsche Volk ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Beim Lesen dieses bedeutungs- und inhaltsvollen 1. Artikels der Verfassung bleibt den Schwarzweißrotten der Atem stehen, wild rollt ihr Auge und das Hakenkreuz wackelt. Also die republikanische Verfassung wurde in Weimar geschaffen. Wir wissen wohl, daß auf ihre rückwärtslose Anwendung und Auswirkung die deutsche gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterkraft seit Jahren drängt und wartet. Die Delegierten unseres Verbandes betreten also eine durchaus geschichtliche Stadt. Unsere Weimarer Kollegen haben nun, wie uns mitgeteilt wurde, eingehende Vorbereitungen getroffen, damit die historischen Sehenswürdigkeiten von jedem Delegierten, der danach verlangt, in Augenschein genommen werden können.

Unsere Verbandsfiliale in Weimar ist nur klein, sie gehört aber zum alten Bestande des Verbandes. Zwölf Steinarbeiter und siebzehn Steinseher und Kammer verarbeiten dort, was an Steinen in jeder Form und Art ver-

langt wird oder was nötig ist in der Pflasterung, damit die Einwohner auf den steinernen Wegen ihre Schritte beschleunigen können. Die Arbeiterorganisation von Weimar im allgemeinen haben einen guten Klang. Wenn sie auch ebenso wie anderwärts politisch zerrissen sind, so stellen sie gewerkschaftlich doch eine Einheit dar. Von ihrem organisatorischen Willen und ihrer Kraft legt Zeugnis das Volkshaus mit dem sauberen Äußeren und gemüthlichen Inneren.

Der Weimarer Verbandstag ist die zehnte Tagung, seitdem die Steinarbeiterbewegung die jetzige Verbandsform hat und es ist die 19. Delegiertenversammlung seit des nunmehr 41jährigen Bestehens unserer zentralen Steinarbeiterorganisation. Eine an beruflichen Begebenheiten reiche Verbandsgeschichte, in steter Verbindung mit den übrigen Organisationen, hat uns die Wege gezeichnet. Diese 19. Tagung in Weimar hat infolge der Organisationserweiterung durch Eingliederung der Steinseher, Pflasterer, Kammer und deren Hilfsarbeiter eine verbandsgeschichtliche Bedeutung. Auch diese „neuen“ alten Verbandsmitglieder bilden auf eine ununterbrochene Organisation von 39 Jahren zurück; sie haben also keine an Jahren mindere Erfahrung wie die Steinarbeiter.

Auf der Tagung selbst werden besonders heiß umtrittene Organisationsfragen und -probleme weniger auftauchen. Die vorgesehene Tagesordnung und die dazu von den Zahlstellen eingereichten Anträge lassen eine mehr geschäftliche Tagung voraussehen. Das ist auch ganz natürlich, denn es gilt verschiedenes zu klären, zu sichten und zu befestigen, was die Zeitercheinungen auf der einen Seite verjagt und auf der anderen gelockert haben. Die Vorgänge in den letzten Wochen, abseits vom engeren Verbandsgebiet, aber doch unsere große proletarische Bewegung nicht unberührt lassend, haben die gegenwärtige Situation für Wirtschaft, Staat und Politik bengalisch beleuchtet. Die organisierte Arbeiterkraft geht ernststen Geschehnissen entgegen und vielleicht Kämpfen, die alles bisherige in Schatten stellen dürften. Dessen mögen auch die Verbandstagsdelegierten eingedenk sein! Schwierigkeiten werden immer leichter überwunden, wenn ihnen mit klarem Blick begegnet wird. Das verhindert vor allen Dingen auch unliebsame Ueberrassungen in der Zerstörung von Gedankengebäuden, die ein Teil der Arbeiterkraft sich immer noch zurechtgerichtet auf schwankendem heim fremdem Boden.

Die Zeiten sind ernst; die Schwierigkeiten, die sich unserem gewerkschaftlichen Streben entgegenstellen, sind nicht klein. Dagegen ist die berufliche Lage und Aussicht für die gesamte Steinindustrie einschließlich Pflasterergewerbe viel besser wie vor drei Jahren. Abgesehen von einzelnen Steinbruchbezirken wegen der Sonderart des dort gewonnenen und verarbeiteten Materials, was besonders den Werkstein als Baustein betrifft, herrscht im gesamten Beruf lebhafter Betrieb, wodurch auch unsere Verbandsstätigkeit einen frischeren Impuls erhalten hat. Wir hoffen, daß die geschäftliche bessere Lage anhält und sich mit unserem Zutun auswirkt auf die verbesserungswürdige Lebenshaltung der gesamten Steinarbeiter. Diese bessere berufliche Situation wird im wesentlichen die Beratungen in Weimar beeinflussen und beferrschen.

Ein bekannter französischer Schriftsteller namens Lamencis hat vor beinahe 100 Jahren den Organisationsgedanken und die Solidarität in einer Weise begründet, von der wir wünschen können, daß diese Art auch die Delegierten beherrscht, wenn sie den Tagungsraum im Weimarer Volkshaus betreten. Wir bringen Lamencis Begründung im nachstehenden zum Abdruck und ersuchen die Kollegen, sich nicht etwa an dem überholten Stil zu stoßen:

„Wenn ein Baum einzeln steht, wird er von den Winden gerüttelt und seiner Blätter beraubt; und seine Zweige, statt sich zu erheben, senken sich, als suchten sie die Erde. Wenn eine Pflanze einzeln steht, verschmachtet sie und verdorrt und stirbt, denn sie findet keinen Schutz gegen die Hitze der Sonne. Wenn der Mensch allein steht, beugt ihn des Windes Macht zur Erde nieder und die sengende Begehrlichkeit der Großen dieser Welt verzehret den Saft, der ihn ernährt. Seid also nicht wie die Pflanze und wie der Baum, die allein stehen, sondern vereinigt euch, unterstützt euch und schützt euch wechselseitig. Solange ihr uneinig seid und jeder nur an sich denkt, habt ihr nichts als Leiden, Jammer und Unterdrückung zu hoffen. Was ist schwächer als ein Sperling und wehrloser als eine Schwalbe? Doch wenn ein Raubvogel erscheint, sind die Sperlinge und Schwalben stark genug, ihn zu verjagen, indem sie sich um ihn sammeln und ihn alle zugleich verfolgen. Nehmt ein Beispiel am Sperling und an der Schwalbe. — Wer sich von seinen Brüdern trennt, dem folgt die Furcht, wenn er geht, sie legt sich zu ihm, wenn er ausruht, und selbst in seinem Schlummer verläßt sie ihn nicht. Darum, wenn euch jemand fragt: Wieviele seid ihr? antwortet: Wir sind eins, denn unsere Brüder, das sind wir und wir, das sind unsere Brüder.“

Die kulturelle und soziale Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung.

Die Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung liegen noch nicht allzuweit zurück. Nicht länger als ein Menschenalter ist es her, seit die Gründung der ersten Gewerkschaften in Deutschland erfolgte. Und doch, welche gewaltige Entwicklung in dieser Zeit! In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus kleinen, meist örtlichen Organisationen entstanden, hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter oft schweren inneren wie äußeren Kämpfen einen fast ununterbrochenen Aufstieg zu verzeichnen. An Hindernissen und Krisen, die diesen Aufstieg erschwerten, zeitweise sogar in eine rückläufige Bewegung umzuwandeln drohten, hat es nicht gefehlt. Der Kapitalismus erkannte sehr bald, daß ihm in der Gewerkschaftsbewegung ein gefährlicher Gegner erwuchs, der das angemaßte Recht der Unternehmer auf unbeschränkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bedrohte. Und strupplos in der Wahl seiner Mittel nahm er den Kampf mit ihm auf. Was in dieser Zeit an rückwärtsloser Verfolgung gegen die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung und die organisierten Arbeiter von dem kapitalistischen Unternehmertum geleistet wurde, davon hat unsere heutige junge Arbeitergeneration, die nur die Bewegung der letzten Jahrzehnte kennt, keine Ahnung. Auspörrung und Achtung der organisierten Arbeiter, polizeiliche und gericht-

liche Verfolgungen waren an der Tagesordnung. Aber weder polizeiliche und gerichtliche Schikanen, weder Zuchthausgeheße noch brutale, allem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagende Zuchthausurteile vermochten die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten. Dem inneren Gebot ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit folgend, breitete sie sich von Jahr zu Jahr weiter aus, immer weitere Arbeiterkreise erfassend, sie zum Klassenbewußtsein erweckend, sowie in dem Willen einend, den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein und die schließliche Befreiung der Arbeit von dem kapitalistischen Joch siegreich zu bestehen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat längst aufgehört, sich auf die Heranziehung der Handarbeiter zu beschränken. Auch die weiten Kreise der Angestellten und Beamten wurden von ihr erfaßt. Rund zehn Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte sind gegenwärtig allein in den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden vereinigt, denen etwa drei Millionen Anhänger der christlichen, kirchlichen und sonstigen neutralen Gewerkschaftsrichtungen gegenüberstehen. Daß die Gewerkschaftsbewegung noch eine derartige Zerspaltung aufweist, nicht einzig und geschlossen auf dem Boden gleicher grundsätzlicher Wirtschafts- und Weltanschauung steht, muß ebenso wie die kommunikativen Zerspaltungsversuche bedauert und verurteilt werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie von einer politischen und wirtschaftlichen Macht geworden ist, deren Einfluß weit über das rein gewerkschaftliche Gebiet hinaus reicht, sich in gleicher Weise im politischen wie im wirtschaft-

lichen Leben bemerkbar macht. Wenn dieser Einfluß nicht noch wesentlich stärker ist, so trägt daran nicht nur die festgestellte Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung schuld, sondern auch der Umstand, daß ein nur zu großer Teil der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Bedeutung noch nicht erkannte und ihr deshalb fernsteht.

Mit der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung hat sich ihr Aufgabenkreis ständig erweitert. In den Anfängen der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen nahm diese entsprechend ihrer geringen Stärke fast ausschließlich der Kampf mit dem Unternehmertum um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Anspruch. Die Gründung von Zentralverbänden gestaltete eine umfassendere Wahrnehmung der materiellen und sozialen Interessen der Arbeiter. Sie ermöglichte, den wirtschaftlichen Kampf gegen den Kapitalismus auf breiterer Basis und mit größerer Aussicht auf nachhaltigen Erfolg zu führen. Die Lebenshaltung der Arbeiter hob sich, die Arbeitszeit wurde verkürzt. Um diese Erfolge sicherzustellen und auszudehnen, schufen die Gewerkschaften besondere Unterstützungseinrichtungen. Neben der Streik- und Auspörrungsunterstützung boten Arbeitslosen-, Reise-, Unzulugs-, Kranken- und teilweise Invalidenunterstützung den Arbeitern in Fällen der Not durch Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit einen Rückhalt, ihre Widerstandsfähigkeit für den wirtschaftlichen Kampf stärkend. Zugleich bildete sie die Grundlage, von der aus der Staat zum sozialpolitischen Vorgehen, zur Schaffung sozialer

Verfängerungseinrichtungen gezwungen werden konnte. Eine weit verbreitete, gut ausgestattete Gewerkschaftspressen, belehrende und wissenschaftliche Vorträge, Bildungsture, Bibliotheken sowie sonstige Veranstaltungen förderten die geistige Bildung der Arbeiter. In nachdrücklicher Weise traten die Gewerkschaften für den physischen, gesundheitlichen und rechtlichen Schutz der Arbeiter ein, und sie haben hierbei, fast ausschließlich auf die Unterstützung der Sozialdemokratie als der einzigen Arbeiterpartei angewiesen, trotz des hartnäckigen Widerstandes der Unternehmer sehr wesentliche Vorteile erreicht. Der gesunde Arbeiterschutz, die Gewerbeaufsicht, der besondere Arbeiterinnen-, Jugendschutz und Kinderschutz, das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Wächnerinnenchutz sowie der gesetzliche Achtstundentag sind nur einige der hauptsächlichsten Errungenschaften.

Eine revolutionierende Wirkung hat die Entwicklung des gewerkschaftlichen Tarifwesens auf dem Gebiete des Arbeiterrechts eingeleitet. Mit dem Entstehen der modernen Großbetriebe hat sich das jetzt noch geltende individuelle Arbeitsrecht überlebt. Die Gewerkschaften fordern deshalb seine Beseitigung. Der individuelle Arbeitsvertrag, der den Arbeiter zum willenlosen Ausbeutungsobjekt des wirtschaftlich stärkeren Unternehmertums macht, soll beseitigt werden, an seine Stelle der kollektive Arbeitsvertrag, der Tarifvertrag, treten, der dem Arbeiter eine unabhängige Stellung sichert. Die Ausbreitung des Tarifwesens, wie sie bis jetzt erreicht wurde, bietet die Gewähr für die Durchsetzung dieser Forderung. Hiermit verbindet sich die Notwendigkeit eines Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in der Produktion, wie es das Betriebsrätegesetz vorsieht. Der alte Unternehmerabsolutismus muß verschwinden. Auch seine Zeit ist vorüber, wenn auch erst die Sozialisierung der Wirtschaft seine letzten Reste beseitigen wird.

So drängt die Gewerkschaftsbewegung auf allen Gebieten vorwärts. Indem sie die Arbeiterschaft vor Verelendung und Degenerierung bewahrt, wohnt sie die kapitalistische Ausbeutung zu treiben verhindert, hat sie eminent wirtschafts- und kulturfördernd gewirkt. Sie war es neben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die den Arbeiter aus seiner Lethargie, dem kulturwidrigen Fatalismus des Gehens entriß, ihn zum Massenbewußtsein aufrüttelte, sein Menschentum feststellte, und um dessen Anerkennung kämpfte. Für die sozialen Rechte der Arbeiter eintretend, zwang sie Staat und Wissenschaft, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen und Wege zu ihrer Lösung zu suchen. Das Unternehmertum wurde durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter vor neue Probleme gestellt. Die alten Ausbeutungsmethoden, Arbeitszeitverlängerung und Lohnherabsetzung, ließen sich nicht mehr ohne weiteres durchführen. Es mußte neue Produktionsmethoden aufsuchen, Technik und Wissenschaft in seinen Dienst stellen, um trotz Anerkennung unabwiesbarer Forderungen der Arbeiter bei gleichem oder höherem Gewinne billiger zu produzieren zu können. Wenn das Unternehmertum gegenwärtig Neigung zeigt, in die alten Gepflogenheiten zurückzufallen, so liegt das nur daran, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter als Folge der wirtschaftlichen Krise Läden aufweist, die einer Ausfüllung bedürfen. Die gewaltige kulturelle und soziale Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung steht dennoch fest, und selbst ihre erbittertesten Gegner müssen diese Tatsache anerkennen. Diese Bedeutung wird in Zukunft nicht geringer werden. Zahlreiche Probleme harren ihrer Lösung, vor allem das große Problem der Sozialisierung unserer Wirtschaft. Ohne die Gewerkschaftsbewegung ist an ihre Lösung nicht zu denken, denn ihr erwachen dabei besonders schwierige Aufgaben. Diese zu erfüllen, wird um so leichter gelingen, je mehr die Arbeiter sich bewußt sind, daß ihre Existenz, die kulturelle und soziale Hebung ihrer Lage auf das engste mit dem weiteren Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.

Lohnbewegungen ohne Streiks im Jahre 1924.

Im Jahre 1924 wurden aus 149 Orten und Bezirken Berichte über „Lohnbewegungen ohne Streit“ eingelangt. Leider entsprechen diese Berichte nicht den Gesamtbewegungen des Verbandes, weil von einem Teil der Zahlstellen nicht berichtet wurde. Wichtig wird leider von mehreren Orten über die statistische Erfassung dieser Bewegungen hinweggegangen. Aber gerade in diesen Bewegungen liegt die Stärke des Verbandes; kommt der Wille der Mitglieder zum Ausdruck, ohne Arbeitseinstellung die Lohnsätze und Arbeitsbedingungen festzusetzen. Durch verspätete Einfindung der Berichte konnte leider im gedruckten Jahresbericht 1922 bis 1924 hierüber nichts berichtet werden. Auch dieses muß für die Zukunft anders werden, denn wer sich in spätere Jahren über

irgend etwas orientieren will, wird immer den Jahresbericht und weniger das Jahrbuch zur Hand nehmen.

In den 149 Berichten sind alle größeren Bezirksabteilungen mit enthalten, so daß ca. 90 Prozent der Mitglieder davon erfasst wurden.

Es wurden eingelangt von:

1. Gau NO. 15	Berichte für 2040 Mitglieder
1. " NW. 19	2701
2. " "	6817
3. " "	8087
4. " "	3741
5. " "	3174
6. " "	3340
7. " "	4078
8. " "	3094
9. " "	3072

Zusammen 149 Berichte für 40139 Mitglieder

Die in den eingehenden Berichten aufgeführten unorganisierten Beteiligten und jene, die in anderen Verbänden organisiert waren, scheiden in folgender Betrachtung aus.

In den 149 Orten und Bezirken haben im Jahre 1924 bei den steigenden Ernährungsverhältnissen mehr als eine Lohnbewegung stattgefunden. Im Durchschnitt werden es 4-6 Lohnbewegungen an jedem Ort sein. Im ganzen waren auf den Berichtsbogen 572 einzelne Lohnbewegungen angegeben. Von den einzelnen Orten scheinen aber nicht alle Lohnbewegungen verzeichnet zu sein, denn verschiedentlich war nur eine Lohnbewegung gemeldet. Die Höchstzahl mit 12 Lohnbewegungen im Jahr war im Bezirk Frankfurt am Main-Mainz-Offenbach-Wiesbaden zu verzeichnen.

Trotz steigender Lebensmittelpreise mußten im Anfang des Jahres in 9 Orten die Kollegen eine Lohnreduzierung mit in Kauf nehmen, die aber in kurzer Zeit wieder ausgeglichen wurde.

Die Erfolge der einzelnen Berufsgruppen im Jahr weichen stark voneinander ab. Es wurde eine Steigerung des Lohnes von 2 Mt. bis zu 30 Mt. je Woche für den einzelnen Beteiligten erreicht. Im Kalkindustrialgebiet Gritten-Lothar-Wilfrath betrug die Lohnsteigerung nur 2 Mt. pro Woche. (In diesem Bezirk sind neben 880 im Steinarbeiterverband organisierten noch 660 in anderen Verbänden, während noch 2310 Unorganisierte vorhanden sind.) In der Pfasterstein- und Schotterbranche betrug die Steigerung 4.80 bis 12 Mt., Granitwerksteinbranche 6 bis 10 Mt., Granitischleifereien 5.75 bis 9 Mt., Marmorbetriebe 5 bis 10 Mt., Muschelkalk 4.80 bis 9 Mt., Sandsteine 6 bis 18.50 Mt. und Steinleher von 9.60 bis 30 Mt. In der Thüringer Größelindustrie konnte eine Lohnsteigerung trotz mehrmaligem Verhandeln nicht erreicht werden, da der Absatz an Größeln vollständig ins Stocken geraten ist.

Die Haupttätigkeit unserer Angestellten erstreckt sich auf dieses Gebiet. In früheren Jahren wurden diese Bewegungen in der Hauptsache von den Ortsverbänden selbst geregelt, heute aber wird bald in jedem Fall ein Verbandsangestellter verlangt.

Auf die Lohnforderungen unserer Kollegen wurde teilweise mit einer Arbeitszeitverlängerung von seiten der Unternehmer geantwortet! Darüber brauchen wir uns auch nicht zu wundern, denn der Grundsatz der Unternehmer lautet ja bekanntlich: je länger die Arbeitszeit, desto niedriger der Lohn des Arbeiters, um so größer aber der Verdienst des Unternehmers.

Als die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 erlassen wurde, waren die Unternehmer der Werstein-, Marmor- und Grabmalbranche, mit ihrem neuen Mann an der Spitze, die ersten in der Steinindustrie, um die Arbeitszeit zu verlängern. Den Herren war anscheinend gänzlich unbekannt, wenigstens wurde es so martiert, daß in einer gewissen Zahl von Orten und Bezirken der Steinindustrie die achtstündige Arbeitszeit schon längst vor den Kriegsjahren erkämpft war. Die richtige Antwort haben sie dann allerdings erhalten, daß der Steinarbeiterverband jede Arbeitszeitverlängerung für diese Gruppe, die am meisten unter der Staubgefahr zu leiden hat, ablehnt. Für manchen „führenden“ Neuling in der Industrie bleibt dieses ein Buch mit sieben Siegeln.

Als Unkosten dieser Lohnbewegungen werden in den Berichtsbogen zusammen 22 650 Mt. angegeben, daß diese Summe aber nicht ausreicht, steht für jeden Eingeweihten fest. Auch hier müssen für die Zukunft genaue Angaben gemacht werden. Alles in allem zeigen die kurzen vorstehenden Ausführungen, was allein schon der

organisierte Kampf erreicht kann ohne Anwendung der härteren Kampfmittel. An den Orts- und Bezirksleitungen liegt es nun, in der Berichterstattung über solche abgeschlossene Bewegungen die frühere Gattigkeit wieder zu üben.

Bedenken Lohnerhöhungen eine neue Inflation?

In der Unternehmerpresse mühen sich gegenwärtig allerhand Leute mit der Frage ab, ob unsere Währung bereits so gesteuert ist, daß die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Schädigung derselben getragen werden können. Die Artikelhreiber in der Berliner Börsen-Zeitung, der Industrie- und Handelszeitung und der Deutschen Bergwerkszeitung und den Arbeitgeberblättern kommen merkwürdigerweise übereinstimmend zu dem Schluß, daß Lohnerhöhungen die Währung gefährden würden und eine neue Inflation die Folge sein müsse. Auf diese Art sucht man die Öffentlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium, sowie die Entscheidungsinstanzen von Schiedssprüchen abzuhalten, die eine Lohn- und Gehaltserhöhung vorsehen. Es ist notwendig, dieser Sache auf den Grund zu gehen, um falsche Vorstellungen zu verhüten. Wir haben bereits in der Nr. 19 anläßlich der Polemik gegen Dr.-Ing. Herrn Steinlein-München kurz darauf verwiesen.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Erörterungen von der bekannten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dieser Minister der Schwerindustrie glaubte die Warnung aussprechen zu müssen, die Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben. Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmerpresse diese „tiefgründige Betrachtungsweise“ lobte und die Stellungnahme des Ministers mit lebhaftem Applaus begrüßte.

Die betreffenden Artikel der BZZ. und der Deutschen Bergwerkszeitung sind sich in den wesentlichen Gesichtspunkten gleich, so daß es genügt, die Ausführungen der BZZ. unter die Lupe zu nehmen. Diese erwähnt in ihrer Nummer vom 21. April, daß der Zahlungsmittelumsatz bereits 4,5 Milliarden betrage, dazu seien zu rechnen: die diskontierten und rediskontierten Wechsel in einer Gesamthöhe von zirka 1,2 Milliarden Mark, ferner die nicht diskontierten Wechsel in Höhe von 300 Millionen Mark, damit sei der gesamte Zahlungsmittelumsatz des reichen Deutschland der Vorkriegszeit erreicht. „Jedes weitere Aufblähen des Zahlungsmittelumsatzes muß die Kaufkraft des Geldes weiter verringern und schließlich zu einem Zustand führen, wo Geldwertung und Preisverwertung wieder in den unaufhaltsamen Kreislauf der Inflation kommen.“ Auf dieser Restriktion fußend, warnt die BZZ. vor Lohnerhöhungen, da zu einer Lohnerhöhung von beispielsweise 10 Prozent ein Kapitalbedarf von 500 Millionen Mark notwendig sei. Da diese Geldmittel nicht vorhanden seien, müßten entweder die Löhner verschleudert oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Reichsbank würde die erforderlichen Kredite nicht bewilligen, sondern mit einer erneuten Kreditrestriktion antworten. Nachdem dieser entsprechend aufgepußte Popanz gezeigt wurde, malt die BZZ. folgenden Schreckensgespenst an die Wand:

„Hinter der Kreditrestriktion als dem letzten Mittel des Währungsstabilisierens gegen die von der Wirtschaftseite her drohenden Inflationsschrecken stehen deshalb Erstarren der Wirtschaft, Betriebsbeschränkungen, Arbeitslosigkeit, Herausströmen der Masse auf die Straße, politische Unruhen und Notmaßnahmen der Regierung, die, so wie was es wolle, aus innenpolitischen Gründen Zahlungsmittel zur Belegung des Güterumsatzes zur Verfügung stellen muß, selbst wenn dies auf Kosten der Währung geht. Denn in der letzten Phase einer solchen Entwicklung würde der Druck der Masse so groß werden, daß kein Vantagesetz, kein Durchführungskommissar und keine Währungsreform das unaufhaltsame Durchbrechen der Schranken und das Hereinbrechen der neuen Inflation verhindern könnten.“

Lassen wir den Artikelhreiber der BZZ. mit seiner Phantasie, als habe eine Lohnerhöhung die Revolution im Gefolge, sich weiter abmühen und beschäftigen wir uns mit den reinen Tatsachen. Zunächst erscheinen uns die Ziffern, mit denen die BZZ. jongliert, nicht den Tatsachen zu entsprechen. In der Vorkriegszeit schmanzte die Zahl der in Deutschland gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten

Aus dem Wetterwinkel.

(Eine Redensart — zum Verbandstag.)

In der Natur ist das Grün wieder zur vorherrschenden Farbe geworden; nun beginnt auch für die Steinklopfer die erträglichste Jahreszeit. Hals und Brust kann wieder entblößt werden und die lachende Sonne vertreibt die mißmutige Stimmung, die der unfreundliche Wettermonat April noch aufgespeichert hatte. In den verflochtenen Wäldern haben die ländlichen Steinklopfer ihr bisfelfeld bestellt; denn jeder von ihnen ist mehr oder weniger, wie man so sagt, ein kleiner „Ruhbauer“. Nicht etwa im wirklichen Sinne des Wortes, denn ein solch behütetes freilebendes und milchgebendes Vieh wäre für einen Steinklopfer tatsächlich ein großer Reichtum. Nein, die Bezeichnung „Ruhbauer“ für die Steinklopfer in meinem Wetterwinkel steht in ihrer Bedeutung ungefähr auf derselben Höhe wie die sachliche Bezeichnung: „Wurzel-Indianer“. Diese humoristische Bezeichnung sagt nur soviel, daß der Steinklopfer sich sorgt und müht, damit ihm etwas zuwächst für den eigenen bescheidenen häuslichen Bedarf. Vor allen Dingen Karoffeln und wenn es hoch kommt, auch einige Scheffel Korn. Die Voraussetzung dafür ist jedoch harte Fron nach des Tages beruflicher Last. Früh vor und abends nach dem Steinklopfen haben wir, mein Lebensweggenosse und ich in der Erdkrume gewühlt. Nun ist's vollbracht! Das Weitere ist jetzt Arbeit der Sonne und des Regens; nur müssen sich beide richtig ergänzen. Diese eigene kleine Feldarbeit ist im Grunde genommen — darüber bin ich mir vollkommen klar — Schuld an den niedrigen Löhnen aller ländlichen Steinklopfer. Ist aber auch zugleich die Stärke ihrer Arbeitgeber. Diese tun bei Lohnverhandlungen dann noch so, als wenn sie gar selbst das Feld umgraben, um für den Nahrungsmittel-Zuwachs zu sorgen. So wird es in der Praxis sehr oft gegeneinander ausgespielt. Dieser Zustand ist der überzeugendste Beweis in der Beweislage und Vertennung von Ursache und Wirkung. Doch lassen wir das für diesmal. Während dieser harten Wochen war natürlich keine Zeit für den Gebrauch des Schreibstiftes auf dem Manuskriptpapier, auch fehlte die Sammlung der Gedanken. Angeregt wurden sie erst wieder durch einen besonderen Vorgang. Fast jeder, der im kaufmännischen oder sonstigen Leben steht und der nun glaubt, nicht auf seinen gedachten Verdienst zu kommen, gebraucht oft die bekannte Redensart als Abwehr: „Dann gehe ich doch lieber Steine klopfen!“

Warum diese Redensart eigentlich gebraucht wird, weiß wohl so recht keiner der Betreffenden. Es wird damit allerdings angedeutet, daß der Steinklopferverdienst gering ist und, daß es weiter keine Kunst darstellt, Steine zu zerleinern. Aber es wird keiner von denen, die so unklug und unüberlegt daherkommen, im Ernst zum Steinschlagel greifen wollen, denn Staub und Dreck, Wind und Wetter, Lohn und Arbeitszeit, der Schlägel und die widerpenstigen harten Steinbrocken würden es ihnen auch recht bald austreiben. Etwas anderes ist es nun doch, wenn man von klein auf Kummer und Arbeit gewohnt ist, und zwar solche Arbeit, die nicht mit den Fingerspitzen verrichtet werden kann. Nun hatte ich so um Ostern herum auf diesem Gebiet ein besonderes Erlebnis, denn ich benötigte einen sogenannten Feiertagsrod, hatte bereits seit Monaten darauf gespart. Der ausgesuchte Anzug hing auch schon seit mehreren Wochen im Laden des händlichen Geschäftes und ich hatte ihn mehr wie einmal beschaut. Als ich dann endlich so weit kam und in diesem Geschäft verfuhrte, vom Preis abzuhandeln, weil der Anzug einige Mark mehr kosten sollte, wie ich wirklich bejaß, da

sagte der Ladeninhaber: „Nein, mein Lieber, dann gehe ich doch besser Steine klopfen, da verdiene ich mehr!“ Im ersten Augenblick war ich natürlich ganz verblüfft, denn der Mann konnte mich nicht kennen und hätte er gewußt, daß er seine Redensart gegen einen wirklichen Steinklopfer gebrauchte, hätte er wahrscheinlich damit zurückgehalten. Als ich ihm dann in aller Ruhe erzählte, was ein Steinklopfer verdient, und wie lange Wochen er sich jede kleine Sonderheit abdarben muß, um einen billigen Anzug kaufen zu können und wie er sich sonst abquält, jedem Wetter ausgesetzt. Da hat mich der Ladeninhaber doch etwas verduht durch seine Hornbrille angeschaut. Er befandete in nichts mehr mein Kollege werden zu wollen. Als er dann etwas verlegen einige ungläubige Bemerkungen murmelte, da habe ich ihm zum weiteren Beweis nur schweigend meine „kleinen“ schwieligen und zerrissenen Steinklopferhände hingehalten. Mittlerweile war auch seine Frau herzutreten, sie hatte wohl alles schon vorher mit angehört. Schüchtern schaute die Frau auf meine Hände; schweigend schaute sie ihren Mann an, der wieder mich und in wenigen Minuten hatte ich ohne weitere Worte den gewünschten Anzug für die von mir gebotene Summe. Nachdenklich bin ich dann meinem seltsamen Wetterwinkel zugetrotzt und glaube ganz bestimmt, daß dieser Geschäftsmann, der mir auch noch einen guten Glimmstengel zugab, sich die unüberlegte Redensart „vom Steinklopfen gehen“ doch abgemöhen wird. Zu Hause angekommen, entdeckte ich sogar noch ein Paar Strümpfe und 1 Taschentuch in dem Anzugpaket. Anzunehmen ist, daß die Frau des Ladeninhabers, die das Paket verschmüzt hatte, diese Sachen beigelegt hat. Leider komme ich in das Geschäft nicht wieder hin, denn ein Sonntagsanflug muß für einen Steinklopfer mehrere Jahre halten, vielleicht ist es gar mein letzter. Wer kann es wissen?

Nun beginnt in der nächsten Woche der Verbandstag. Viele Anträge liegen vor und ich glaube, die Delegierten müssen schon sehr aufpassen, wenn sie aus der großen Menge die richtigen herauslesen wollen. Was nach meiner unmaßgeblichen Meinung unbrauchbar ist, habe ich mir angekreuzt, will nach dem Verbandstag doch mal näher prüfen, ob ich auf der richtigen Fährte war. Ich denke auch, daß die Zahl der Anträge nichts bejagt zur Bekräftigung des Verbandes, das kann nur erreicht werden, wenn Ernst und Wille in den Mitgliedschaften vorhanden ist und wenn keine Mitgliedschaft überflüssig, daß sie nur einen kleinen Teil des Ganzen darstellt. Die vorliegenden Anträge können deshalb auch nur den Prüfungseifer anspornen, um in gemeinsamer Beratung und Erwägung dort zu verbessern, wo noch Lücken oder schadhafte Stellen sind. Mir liegt gewiß nicht die Vertrauensseligkeit, aber das weiß ich aus meiner jahrelanghaltigen Praxis im Zusammenarbeiten mit den Steinklopfern aller Art ob sie nun in recht primitiver oder in kunstgerechter Weise am Stein herumhantieren, sie haben immer einen sehr praktischen Sinn befunden. Das wird sich auch bewahrheiten in den Beschlüssen des Verbandstages. Frahlereien und etwaige Rebelliden haben noch keinen richtigen Steinklopfer aus der Ruhe gebracht. Das bringt wohl so die Arbeit mit dem harten Material mit sich; denn da heißt es einfach zupacken und nicht lange reden. Da ist auch nichts mit blindem Zuschlagen getan. Jeder Hieb hat seine Berechtigung und will wohl überlegt sein! Bei den „Straatenmachers“ ist es darin durchaus nicht einfacher. Jeder Stein und jedes Steinchen kommt an seinen Platz, rangiert in Reih und Glied und sogar in die Kramme muß das Gefühl von harten und härteren Stößen mit Bedacht hineingelegt werden. Also es ist durchaus nicht

jedermanns Sache, mit solchen Stößen sich sein Leben zu fristen. Für Frauen wäre es zum Beispiel nichts! Die „Radhöcker“ sind wohl auch so ziemlich der einzige Beruf, in denen die weibliche Arbeitskraft nicht eindringt.

Die große Steinklopfer-Familie, die so in praktischer Arbeit den folgerichtigen Organisationsgedanken verkörpert, jagt keinem Phantom nach, liefert infolgedessen auch auf ihrem Verbandstag praktische Arbeit. Wenn nun nach der Tagung feststeht, daß dieser oder jener Wunsch nicht erfüllt werden konnte, dann lag das gewiß nicht an dem Verhalten unserer Abgeordneten, dann war jedenfalls ein anderer Wille der in den wirtschaftlichen Verhältnissen verankert ist, stärker als der andere. Was der zusammengeballte Wille überhaupt leisten kann, das zeigt seit gut einem Jahr die Verbandsgehilfe auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Laufe der letzten Wochen habe ich mehr wie einmal zu meinem anderen Steinklopfer gesagt, der nebenbei bemerkt in der Verbandsache leider doch etwas mülmig ist: „Kollege! Sieh' her, diese Erfolge und die gegenseitige Hilfe; da kann man den Hut ziehen!“ Aber mein Kollege wird nicht so recht warm in diesen Sachen, er ist leider ein unsicherer Kantonist in der Arbeiterherzensache; den werde ich jedoch noch zurechtmassieren. Vorläufig entrichtet er seine Beiträge nur ungern, aber das wird recht bald anders werden. Er wäre nicht der erste, den ich an Herz und Nieren in unserer gewerkschaftlichen Sache gesund gemacht hätte.

Die Abgeordneten zum Verbandstag in Weimar werden, daß ist meine, des Steinklopfer-Hannes, feste Ueberzeugung, in Fragen der Organisation und der Agitation, in Fragen der Schulung und des Kampfes sich folgenden Spruch zur Unterlage nehmen:

Jeder, und wenn er tagaus tagein klopft am Wege nur Steine, Soll teilhaftig der Freude sein und empfangen das Seine.“

In Weimar, der alten Goethestadt, Begrüße ich euch heute, Kollegen, Und was uns hier zusammengebracht, Ist Arbeit, Schaffen und Erleben. Der 10. Verbandstag er taget heut', In Weimars altberühmten Mauern. Den Ort, wo einst Schiller und Goethe gewiebt, Betreten wir mit ehrfürchtigen Schauern. — Doch lassen wir die Vergangenheit Und gehen zur Tagesordnung über Wo sich ein Antrag an den andern reiht; Was einst war, ist jetzt vorüber. Wir leben jetzt in der Gegenwart Mit ihren Schitanen und Finessen. Die Zeiten sind ernst sind schwer und hart, Das dürfen wir nicht vergessen. — Und nun, Kollegen, frisch ans Werk, Nicht länger zaudern und säumen, Es gilt für die Zeitgenossen Die Steine aus dem Wege zu räumen Sie hängen an untern Lippen heut Auch fernab des deutschen Landes, Glückauf! zur Arbeit, mit bewährter Schneid Ihr Delegierten des Steinarbeiterverbandes. J e n n y H o r n , Hamburg.

um 19 Millionen. Wenn man für die Nachkriegszeit 18 Millionen Beschäftigte annimmt, dann dürfte ungefähr das Richtige getroffen sein. Die der Versicherungspflicht unterliegenden gewerblichen Arbeiter und Angestellten hatten ein durchschnittliches Einkommen im Jahre 1913 von 1215 M. Für die Gegenwart einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1600 M. Eine zehnprozentige Lohn-erhöhung würde einen augenblicklichen Kapitalmehrbedarf von ungefähre 250 000 000 M. erfordern. Die D.B.Z. operiert mit der doppelten Summe, der Zweck ist sehr durchschlagig.

Als wenig stichhaltig erweist sich auch die Annahme, daß Wechsel als umlaufende Zahlungsmittel zu betrachten seien. Ganz abgesehen davon, daß Wechsel als Zahlungsmittel nur wenig zirkulieren, ist es in der Vorkriegszeit niemand eingefallen, den feinerzeit viel höheren Wechselbestand als dem Geld gleich zu schenken. Zahlungsmittel zu betrachten. Deshalb soll man heute auf die weder theoretisch bewiesen noch praktisch in Erscheinung tretende Debatte hereinfallen?

Die D.B.Z. nimmt selbst an, daß der zu Lohn- und Gehalts-erhöhungen benötigte Mehrbedarf von Kapital zunächst aus eignen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Dabei wird ohne Weiteres vorausgesetzt, daß die zur Verfügung stehenden disponiblen Mittel hierzu nicht ausreichen. Die benötigten Summen müßten durch Kredite herbeigeschafft oder die zur Inangriffnahme der Betriebe aufgenommenen Auslandsanleihen müßten zu Lohnzahlungen herangezogen werden. Herr Dr. Meißinger spricht in einem Artikel der Industrie- und Handelszeitung von „konsumierten Auslandskrediten“. Der Zufall will es, daß sich in derselben Nummer der D.B.Z. die Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April befindet, wo ein weiterer Rückgang des Zahlungsmittels um 105 Millionen Mark und ferner eine Ermäßigung der Wechselanlage um 64 Millionen Mark festgestellt wird. Der Reichsbankstatus vom 23. April zeigt eine weitere erhebliche Besserung. So ging die Wechsel- und Lombardanlage um 167 Millionen Mark zurück, Banknoten und Rentenbankweine sind in Höhe von 284 Millionen Mark an die Reichsbank zurückgefließen. Gar nicht beachtet wird von den Plausmachern der Unternehmer- und Arbeiterpresse, daß wenn zunächst auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, sie aber später durch durchreisende und groß angelegte Rationalisierung der Produktion wieder hereingeholt werden können. Zum Teufel auch, was die Unternehmer anderer Länder mögen, müßten doch auch die deutschen Unternehmer fertig bringen! Wo bleibt hier die so vielgerühmte Initiative der deutschen Wirtschaftsführer?

Die deutsche Wirtschaft wirft doch heute schon ganz ansehnliche Ueberflüsse ab. Abgesehen von reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des Kapitals gewiß notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt. Die der Kapitalistenklasse in Gestalt von Dividenden und Tantiemen zufließenden Beträge sind nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Wir bestreiten diese Auffassung, weil wir der Meinung sind, daß eine gut entlohnte Arbeiter- und Angestelltenklasse von sich aus in Form von Sparkapital diejenigen Summen dem Geldmarkt zuführen dürfte, die die Wirtschaft zu ihrer Belebung braucht. Wenn der der Kapitalistenklasse zufließende Mehrwert der arbeitenden Bevölkerung zufließen würde, dann fände nur eine Verschiebung in den Einkommen der beiden Klassen, Lohnarbeiter und Kapitalisten, statt. Die Währung würde dadurch nicht im geringsten gefährdet.

Ganz unberücksichtigt gelassen wird die Wirkung, die die Löhne auf den Innenmarkt ausüben. Die lössliche Belegung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptphase von der enormen Lohnmehrfachheit der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig, deshalb das Bestreben, ausländische Absatzmärkte zu gewinnen. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen ebenfalls einen nicht geringen Absatzmarkt darstellt, wird offensichtlich übersehen oder man scheidet mit einigen Phrasen darüber hinweg. Dies tut z. B. Dr. Meißinger, der in dem Artikel der Industrie- und Handelszeitung folgendes zum Besten gibt: „Es bleibt aber leider unbeachtet, in welcher außerordentlichen Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hineingestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Inland nicht zu sehr der deutsche wie der ausländische Produzent einen Vorteil habe.“ Gegen solche Ausführungen lohnt es sich nicht zu polemisieren. Demgegenüber halten wir an der volkswirtschaftlich richtigen Meinung fest, daß die Hebung der Kaufkraft die deutsche Wirtschaft befruchten würde, daß Wirtschaftskrisen ihre Schäden verloren hätten.

Das deutsche Unternehmertum samt seinen journalistischen Apoplektikern muß sich mit der Anschauung vertraut machen, daß das arbeitende Deutschland auf die Dauer nicht gewillt ist, sich mit einem Privileg der Einkommenshöhe zu begnügen, die den ausländischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Die geforderten Lohn-erhöhungen, selbst wenn sie generell mit 10 Prozent bewilligt würden, gleichen die Spanne zwischen den deutschen und ausländischen Löhnen der maßgebenden Industriezweige nicht aus. Deshalb treten wir auch ferner mit aller Entschiedenheit für Lohn-erhöhungen ein. Sie bedeuten keineswegs eine neue Inflation und können von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Kommunistischer Bluff.

Nachdem Hindenburg mit der tatkräftigen Hilfe der KPD. den Sitz des Reichspräsidenten erobern konnte, scheint auch der Zentrale der KPD. so langsam die Erkenntnis zu kommen, welchen Väterdienst sie mit ihrer Haltung den Interessen der Arbeiterschaft geleistet hat. Während die ganze kommunistische Presse vor dem 26. April in allen Tonarten verkündete, daß sich hinter Marx und Hindenburg die gleichen Reaktionen verborgen, daß es demzufolge für die Arbeiterschaft gleichgültig sei, wer von den beiden Kandidaten gewählt wird, muß sie nun selbst bekennen:

Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der deutschen Republik, zum Nachfolger Eberts, zeigt dem deutschen Proletariat die ganze Größe der monarchistischen Gefahr, den Machtwillen der wiedererstandenen Bourgeoisie.

So der einleitende Satz eines in der Roten Fahne vom 28. April abgedruckten „Offenen Briefes“ an den Bundesvorstand des DGB. und den Vorstand der SPD. Ein solches Eingeständnis an der Spitze eines „Offenen Briefes“ ist immerhin keine ganz nebenläufige Sache, denn wer gemachte Fehler einseht, müßte logischerweise auch den Weg zur Umkehr finden. Soweit reicht aber die Erkenntnis der KPD. nicht; das zeigen nicht nur die in dem „Offenen Brief“ gemachten Vorschläge zur Grundlage einer gemeinsamen Kampffront gegen die monarchistische Gefahr, sondern noch viel drastischer die Art und Form dieser neuen „Aktion“:

- 1. Sofortige Auflösung der monarchistischen Reichswehr; Auflösung der monarchistischen Verbände.
- 2. Sofortige Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo.
- 3. Abschaffung der Technischen Hilfswache.
- 4. Sofortige Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser aus dem deutschen Reichsgebiet.
- 5. Sofortige Säuberung der Beamtenschaft von monarchistischen Elementen.
- 6. Sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und Freilassung aller proletarischen Gesangenen.
- 7. Sofortige Einführung des starren Achtstundentages.
- 8. Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern.

Eine gewerkschaftliche Auseinandersetzung über die einzelnen Forderungen dürfte mehr als überflüssig sein, weil der Standpunkt der Gewerkschaften oft genug in der eindeutigen Weise bekundet wurde. Uns interessiert mehr die Frage der Durchführung und der vernünftige Gehaltengang der kommunistischen Briefschreiber. Mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln“ sagt die kommunistische Zentrale. Ueber die parlamentarischen Möglichkeiten sollte die KPD. besser informiert sein als die Gewerkschaften und doch würde es keinem Gewerkschaftler einfallen, einen so bedeutenden Vorschlag zu machen, wie die KPD. in dem anschließenden an die Forderungen gebrachten Satz:

Im preussischen Landtag, im Reichstag, hat euer sogenannter republikanischer Bloß zusammen mit der kommunistischen Partei die Mehrheit. Ihr könnt diese Maßnahmen morgen im Parlament beschließen, wenn ihr nur wollt. Und ihr könnt diese Maßnahmen praktisch durchführen, wenn ihr draußen die Massen zur Unterstützung eurer Aktion aufmarschieren laßt.

Es ist ja sehr schön, daß sich die KPD. plötzlich darauf besinnt, daß ihr Blag eigentlich an die Seite der übrigen Arbeitervertreter im Parlament gehört. Bisher war es aber gerade die KPD., die

Mitglieder-Nachweis vom 1. Vierteljahr 1925

Nach der Inflationszeit konnten alle Gewerkschaften ausnahmslos einen Mitgliederverlust konstatieren. Die Ursachen sind untern Kollegen bekannt. Der Höchststand der Mitgliederzahl in unserem Verbands wurde am Schlusse des 2. Vierteljahres 1923 mit rund 53 000 erreicht. Die Zahl sank dann auf 42 607 im 1. Vierteljahr 1924. Trotz der damaligen schlechten Lage in der Arbeitsmöglichkeit und dem reaktionären Ansturm auf sozialpolitischem Gebiet blieb bis zum Jahreschlusse 1924 die Mitgliederzahl ziemlich stabil, denn am Jahreschlusse konnten wir 43 823 Mitglieder feststellen. Hierbei muß natürlich vermerkt werden, daß am 1. Januar 1924 der Steingewerverband in unsere Organisation überging, sonst wäre der Mitglieder-rückgang in den Betrieben der Steingewinnung und Steinbearbeitung zahlenmäßiger etwas krasser in Erscheinung getreten. Die Zahl der zu uns gestochenen Kollegen aus dem Straßenbaugewerbe betrug 6736. Der unermüdbaren Agitationsarbeit aller Kollegen in Verbindung mit der besseren Arbeitsgelegenheit gelang eine lebhaftere Aufwärtsbewegung, so daß am Schlusse des 1. Vierteljahres 1925 wieder 51 928 Mitglieder festgesetzt werden konnten. Die nachstehende Tabelle, gaweise gruppiert, ermöglicht unsern Kollegen die nötigen Vergleiche und zeigt aber auch, daß die Kollegen aus dem Straßenbaugewerbe an der Mitgliederzunahme ihren entsprechenden Anteil haben:

	Gesamt-Mitglieder	Davon sind			Mitgl. im 4. Quartal 1924	Zunahmen
		Stein-leter	Weib-liche	Jugend-liche		
1. Gau N.	2686	1809	34	5	2363	323
2. Gau NW.	3076	1760	1	5	2697	379
3. Gau ...	8295	761	96	178	6638	1657
4. Gau ...	10489	611	185	232	8818	1671
5. Gau ...	7145	1529	—	9	5654	1461
6. Gau ...	3964	642	—	92	3398	566
7. Gau ...	4155	—	3	49	3296	759
8. Gau ...	4857	114	26	82	4294	563
9. Gau ...	3638	168	48	28	3610	28
10. Gau ...	3691	51	—	29	2995	696
Einzelglieder	32	—	—	—	30	2
Summa ...	51928	7245	393	609	43823	8105

Die Frauenarbeit in der Natursteinindustrie scheint nach den vorliegenden Unterlagen zurückzugehen, denn vor zwei Jahren zählten wir noch über 1000 weibliche Mitglieder. Vielleicht regelt sich hier ganz von selbst, was die Gefolgsgebung, trotz mehrfacher Anregung bisher unterlassen hat. Auch die gesamte Beschäftigungszahl in der Steinindustrie hat infolge Stilllegens zahlreicher Steinbrüche abgenommen. Eine neuere Unterlage wird erst die vorgelegene neue amtliche Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1925 bringen.

Der Mitgliederstand von rund 52 000 ist ein Beweis der Rührigkeit unsern Kollegen in Stadt und Land. Noch so ein Vorstoß und der Verlust seit 1923 ist überholt; denn im ersten Quartal wurden 8000 Mitglieder der Organisation neu zugeführt. Darum Kollegen, auf zu neuer Werbung! Je stärker der Verband, desto größer der Rückhalt in den wirtschaftlichen und beruflichen Lebensbedürfnissen.

„Der Mensch allein ist nur ein Zwerg, zu Klein und winzig zum großen Werk; Erst wenn sich die Menschen zusammenschließen, wachsen sie empor zu Riesen; Was Großes geworden aller Orten, ist nur durch Zusammen-schluss geworden.“

bei den folgenschwersten Entscheidungen sich nur zu oft an die Seite der extremsten Arbeiterfeinde gestellt hat. Aber selbst wenn im vorliegenden Falle die KPD. einen Frontwechsel vornimmt, so weiß niemand besser als sie selbst, daß damit noch lange nicht die Mehrheit des Parlaments auf diese Forderungen zu vereinen ist. Nicht nur die Erkenntnis der bisherigen falschen Einstellung bringt die Möglichkeit zu besserer positiver Arbeit im Parlament, sondern die KPD. muß auch die Grenzen der parlamentarischen Kräfteverteilung beachten und sich nicht selbst gleich einem eigenfinnigen Kinde immer wieder dagegen die Augen verbinden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist der KPD. kein Vertrauen entgegenzubringen, sie muß durch Taten eine Garantie dafür schaffen.

Bleiben noch die außerparlamentarischen Mittel; Demonstrationen und Streiks dürften der KPD. vorzuziehen, denn wenige Zeilen später wird der Vorschlag gemacht, am Tage des Einzugs des neuen Reichspräsidenten einen 24stündigen Generalfreitag zu proklamieren. Wäre das ganze Verhalten der KPD. nicht von so bitteren ersten Folgen für die Arbeiterschaft begleitet, ein schallendes Hohngelächter könnte die einzig richtige Antwort sein. Erst verhindert man die Wahl des Republikaners mit der eigenen ausichtslosen Sonderkandidatur und dann soll die Arbeiterschaft einen Generalfreitag auf sich nehmen, um dem durch eigene Unterstützung zum Siege gemachten Reichspräsidenten seine Gegnerschaft zu bekunden. Etwas mehr Verantwortungsgewühl sollte selbst die Zentrale der KPD. bei den Gewerkschaftsführern voraussetzen. Selbst der letzte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter weiß, daß jeder größere Streik schwere Opfer der Arbeiterschaft erfordert. Ehe der Streik zur Anwendung kommt, ist deshalb sehr genau zu prüfen, welche Opfer gebracht werden müssen und welche Ausbeute der Kampf bietet. Gilt solches schon für die geringste Lohnbewegung, wieviel mehr erst für Kämpfe um weitgesteckte politische Forderungen. Wer des ernsthaften Glaubens ist, die von der KPD. aufgestellten Forderungen mit Demonstrationen und Streiks durchsetzen zu können, dem ist nicht zu helfen. Die Zentrale der KPD. ist bestimmt nicht so naiv, an die Wirkung dieser außerparlamentarischen Mittel im vorliegenden Falle zu glauben. Damit wird aber auch der Zweck dieser neuen Aktion offenbar. Die KPD. will jedes Nachdenken ihrer Anhänger über ihre verfehlte Taktik bei der Wahl des Reichspräsidenten verhindern und deshalb sucht sie mit dem „Offenen Brief“ eine Schutzwehr gegen die berechtigte Kritik ihrer denkenden Anhänger aufzurichten. Statt offen einzugehen, daß sie den Glauben hatte, der Volksblock würde auch trotz der Thälmannkandidatur die Wahl Hindenburgs verhindern, und daß sie demzufolge ihr agitatorisches Bedürfnis den Interessen der Arbeiterschaft vorangestellt hat, wird ein neuer Popanz aufgerichtet, um dann eine tiefgehende Ent-

rüstung gegen die verachtete Gewerkschaftsbürokratie mitmen zu können. Daß dieses der einzige Zweck dieser Aktion ist, wird sogar mit folgenden Worten direkt zugegeben:

Wir sind überzeugt, daß ihr auf diesen unsern ersten Vorschlag, der in erster Stunde gemacht wird, antworten werdet wie bisher mit irgendeiner höhnischen Verlegenheitsphrasen und mit dummen hysterischem Geschimpfe auf die kommunistischen Arbeiter und die kommunistische Partei. Aber wir schlagen euch das vor, damit die Arbeiterklasse sich selbst überzeugen kann, wer den wirklichen Kampf führen will und wer die wirkliche Verbündete der Reaktion und der wirkliche Unterstützer der Schwerindustrie und der Monarchisten ist.

Dieser freundliche Demaskierung stellen wir nur die Tatsache gegenüber, daß weder Unternehmertum noch Monarchisten die kommunistischen Vorkämpfer als wirkliche Gefahr für die eigenen Interessen bisher ernst genommen haben. Aber umgekehrt erfreuen sich die Gewerkschaften der heftigsten Gegnerschaft dieser Kreise. Ueber die Gründe kann sich die KPD. sehr leicht bei den Gewerkschaftsmitgliedern informieren. Sie wird dann erfahren, daß keine Mit-telung der Ursachen entbehrt. (Gewerkschaftszeitung Nr. 18.)

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In Kelfheim (Kalkarbeiter). In Bremen (Sandstein, Grabstein, Kunststein). In Lübeck (Steinmetzen und Schleifer). In Kollhof (Zirnen) Lüders und Giese vorm Feinrig. In Meitken und Dresden (Steinsegergewerbe).

Gesperert. In Detmold Firma Hugo Meier. — In Döbrilug der Betrieb von Koppe. — In Alsenz der Betrieb Emil Brizius und in Hochstätten der Betrieb Johann Schneider (beide lassen entgegen einer Verbindlichkeitsklärung des Landesrichters im Afford arbeiten). — In Bielefeld der Zwischenmeister Steinmetz Hunger. — Firma Grastorf, Brüdernbau, Helmfeiter Straße 6. Braunschweig für Steinmetzen. — In Saargemünd (Granitwert Schäffer). — Firma Kaula Nachf. in Gera und in Altenburg Firma Gaffke (Steinseher). — Nach Bauholder in das dortige Granitwert von D.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zugzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streit und Sperre genannt sind: von Königsberg i. Pr., von Essen und Stuttgart (Steinmetzen), im Odenwald (Werksteingruppe) haben die Arbeitgeber den Tarif (30. Juni) gekündigt. Nach den von ihnen vorliegenden Anträgen sollen hauptsächlich Verschlechterungen bei den Positionen Ferien, Stufen, Schwellen, Einfassungen und Randsteinen eintreten; von Oberpflau und Groß-Rundzard bei der Firma Thust (Granitsteinmetzen, Granit Schleifer, Marmorarbeiter und Bildhauer). Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßbau von Crefeld, Stendal, Münster und Umgebung, dem sogenannten Münsterland.

Erledigte Bewegungen: Streit im Steinbruchgebiet Wurzen, Beucha, Grimma, Torgau. Resultat: Spitzenlohn am Tage der Arbeitsaufnahme 66 Pfg., auf Afford 130 Prozent; ab 4. Juni 70 Pfg. und 135 Prozent; ab 30. Juli 74 Pfg. und 140 Prozent. Geltungsbauer bis 30. September. In Beucha findet vor der Arbeitsaufnahme noch eine Sonderverhandlung statt, um Unstimmigkeiten im Affordtarif auszumergen. Das ist geschehen und eine Verständigung erzielt. Die achtwöchige Streikbewegung konnte demnach mit Erfolg beendet werden. — Streit der Steinseher in Bonn. Ferner die Sperre über die Steinseherbetriebe im Geraer Bezirk, bis auf die Betriebe der Firma Kaula Nachf. und in Altenburg Firma Gaffke.

Dänemark. Infolge der großen dänischen Arbeiterausperrung wurden auch die dortigen Steinarbeiter ausgesperrt. Es ist selbstredend, daß jeder Zugzug fernzuhalten ist.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Soff-dartität!

Zum Verbandstag. Ohne auf den ganzen Wust von Anträgen zum Verbandstag einzugehen, will ich doch ein Wort dazu sagen: So wertvoll und wichtig die einzelnen Beschlüsse jedes Verbandstages sein mögen, sind sie doch wertlos, wenn nicht geschulte, operbereite Kollegen diese Beschlüsse in die Praxis umzusetzen verstehen. Aus diesem Grunde lege ich weniger Wert auf die viele Streiterei um Paragraphen und Formulierung, sondern wie schaffen wir eine einige, sich gegenseitig vertrauen de Kollegenschaft. Dazu ist vor allen Dingen nötig, daß wir charakterfeste und gewerkschaftlich geschulte Kollegen als Funktionäre bestimmen. Nicht nach der Parole eines Flugblattes (herausgegeben von der kommunistischen Partei, Abteilung Gewerkschaften Halle-Merseburg) handeln, welches schreibt: „Wählt kommunistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.“ Erstens ist diese Einmischung einer politischen Organisation in die inneren Angelegenheiten einer gewerkschaftlich selbständigen Organisation eine Ungehörlichkeit, die jeder vernünftige Kollege energisch zurückweisen müßte, und zweitens wird durch solche Parolen die Kollegenschaft in verschiedene Parteigruppen gespalten. Die so bitter nötige Einigkeit ist dann geprengt. Schmerzlich ist es für jeden Kollegen, den die Arbeiterbewegung am Herzen liegt, wenn man erleben muß, daß in einem Betriebe Listen der Kommunisten, der SPD., der Parteiloosen und der Unorganisierten oder gar Delegierte zum Verbandstag nach Parteilichkeit aufgestellt werden. Im gewerkschaftlichen Kampfe entscheidet nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Kenntnis der gewerkschaftlichen Grundlagen und Probleme und der persönliche Charakter. Es mutet eigenartig an, wenn man auf Konferenzen von Kollegen hört: „Wir von der Opposition!“ Das heißt doch, daß diese Kollegen in der Opposition sind, um der Opposition willen! Meine Erfahrung sagt mir aber, daß jeder in die Lage kommen kann, dem Verbandsvorstand gegenüber in Opposition zu treten, aber deshalb bin ich noch lange nicht bei der so oft gerühmten Opposition. Also Kollegen von der KPD. wirkt dahin, daß die KPD. sich nicht in Verbandsangelegenheiten mischt, dann erübrigt sich der Antrag, der die Kommunistenhege im „Steinarbeiter“ betrifft, von selbst und die Einigkeit würde dann einen großen Schritt vorwärts tun. — Wenn man den „Steinarbeiter“ aufmerksam liest, so muß man sich wundern, daß von den Radikalen alle Schuld am Verlorengegangenen oder Nichterreichten den Zentralinstanzen zugeschrieben wird. Es zeigt überhaupt von einer gewissen Flauheit, alle Schuld auf andre abzuwälzen! Als Zahlstellenfunktionär weiß ich, daß jedes gesteckte Ziel von der persönlichen Energie und dem Charakter des einzelnen Kollegen abhängig ist. Siehe Kritik im Bericht von Eigershausen in Nr. 15 und Gaukonferenz des Gaubezirks Nordwest in Hamburg in Nr. 16 des „Steinarbeiter“. Jeder einzelne Kollege des Steinarbeiterverbandes trägt die volle Verantwortung an den bestehenden Verhältnissen. — Nun ihr Kollegen von der Hauptbank, die ihr euch in Weimar zum Verbandstag zusammenfindet, im praktischen Leben und in Fühlung mit den Kollegen steht (was den Zentralinstanzen unsinnigerweise immer abgesprochen wird), zeigt euch auf dem Verbandstage nicht als sogenannte Oppositionelle oder Nichtoppositionelle, sondern stellt eure Kritik so ein, nicht wie es sein möchte, sondern wie es in Wirklichkeit ist und laßt in euren Reden nur die Einigkeit euer Leitmotiv sein.

M. Schneider.

Steinseher und Pfisterer.

Bonn. Die Pfisterer und Kammer von Bonn stellten an die Arbeitgeber Lohnforderungen, die von denselben abgelehnt wurden, obwohl einzelne Unternehmer schon Löhne zahlten, die die Höhe der Forderungen erreichten. Infolge der Weigerung der Unternehmer kam es zu einem Lohnkampf, der am 5. Mai beendet wurde. Die getroffenen Abmachungen sehen vor, daß der Pfistererlohn ab 1. Mai 1.10 Mark, ab 1. Juni 1.20 Mark und ab 1. Juli 1.25 Mark pro Stunde beträgt. Der Kammerlohn beträgt 10 und der Lohn der Hilfsarbeiter ist 25 Pfg. geringer als der Stundenlohn der Pfisterer. Die Verammlung der Kollegen stimmte diesen Abmachungen zu. Angesichts des erfolgreichen Kampfes wurde die Pflicht, den Steinarbeiterverband weiter auszubauen und zu befestigen, voll anerkannt.

Sövelg. Gruppenversammlung der Steinseher am 25. April 1925 im Restaurant Erhaltung. Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Der Fall des Kollegen Wessel. 3. Verschiedenes. Es meldeten sich vier alte Kollegen zur Wiederaufnahme, die gegen die Verbandsvorschriften verstoßen hatten. Nach längerem Diskutieren wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, die betreffenden Kollegen mit einer Strafe von 5 Mk. und acht vollen Beitragsmarken zu belasten, von der Versammlung gebilligt. In unserer Filiale verstoßt der beim Steinsehermeister Hanisch beschäftigte Kollege Wessel dauernd gegen die tariflichen Bestimmungen. Genannter Kollege arbeitet immer wieder bei seiner Firma in Akford und verleiht dadurch unsere Existenz. Da wir mit den Arbeitgebern einen erbitterten Kampf gegen einen unannehmbaren Leistungsstarif führen, unterstützt der Kollege Wessel indirekt die Sache der Arbeitgeber durch sein Akfordarbeiten. Der Kollege Hande stellt den Antrag, die Firma Hanisch unter Kontrolle zu stellen, damit derartige Schmutzigkeiten unterbunden werden. Im Verschiedenen gab Kollege Schwindke bekannt, daß unser jetzt bestehender Lohn bis zum 30. 6. 1925 läuft, was die Mißstimmung aller Kollegen erregte. Ein Antrag des Kollegen Hande, ab 1. Juni für Steinseher 1.20 Mk. und für Kammer 1.15 Mk. zu fordern, wurde einstimmig angenommen. E. Reich, stellvertretender Schriftführer.

Steinarbeiter.

Offenbach a. M. Am 28. April fand bei Groß unsere Quartalsversammlung statt, die gut besucht war. Bevor der Vorsitzende in die Tagesordnung eintrat, dankte er den Kollegen für ihr gutes Verhalten beim Streik und betonte, wenn Einigkeit herrscht, man Erfolge erzielen kann. Der erste Punkt betraf die neuen Mitglieder. Die Zahlstelle wird überschwemmt von unorganisierten Steinhauern. Es wurde beschlossen, daß jeder, der nicht schon im Verband war, acht Wochen zurückbezahlt und 3 Mk. in die Lokalfasse abzuführen hat. Ferner soll zur Stärkung unserer Lokalfasse jedes Mitglied im laufenden Vierteljahr 2 Mk. abführen. Dann verlas der Kassierer die Mitteilung der Abrechnung, die von den Revisionen revidiert und für richtig befunden war. Der Kassierer wurde entlastet. Im 8. Punkt, Verschiedenes, wurde vom Inhaber des Plages D t h betont, daß er während des Streikes am lauteften war und erklärt hat, daß der Beruf nicht so schädlich wäre, die Kollegen hätten früher drei Tage in jeder Woche gelassen, daher kämen die Berufsstrafen. Es war eine lange Diskussion deswegen. Beschlössen wurde, mit den schärfsten Mitteln gegen diesen Unternehmer vorzugehen. Er ist ja noch sehr jung, aber damit können solche Jünglingsäußerungen nicht entschuldigt werden. Das allerbeste ist, man läßt solche Unternehmer allein den Knüppel schwingen, dann werden sie sicher nicht zu ürrig und merken es am ehesten am eigenen Körper.

Saargemünd i. Lothringen. Recht hartnäckige Kämpfe hatten die hiesigen Kollegen stets mit dem Besitzer des Granitwertes Schäffer auszusetzen, um nur einigermaßen mit dem Lohn in der Reihe zu bleiben. Auch um die kleinste Lohnerhöhung mußte wochenlang verhandelt werden, obwohl Schäffer riesige Gewinne einsteckte. Nach seinem eigenen Geständnis verdiente er im Jahre 1920, wo er nur drei Steinseher beschäftigte und als vollständiger Nichtfachmann recht miserabel arbeitete, 60.000 Frank. Die Entwicklung zugrunde legend, hat das Werk in den letzten fünf Jahren mindestens eine Million Frank Reingewinn abgemworfen. Schäffer, der den Betrieb auf recht noble Art an sich gebracht hat (durch Ausweisung des früheren Teilhabers), nützte es in bezug auf Löhne recht gut aus, indem er den Luftaustausch vorzuschreiben verstand. Da seine Arbeiter meistens Deutsche waren, ging sein Drängen stets dahin, das Zeitlohnsystem zu beiseitigen und Akford einzuführen. Dieser Vampyr war mit dem großen Gewinn, den er durch Schmuggel von beträchtlichen Mengen Betriebsartikeln zu erhöhen wußte, noch nicht zufrieden, der Arbeiter sollte auch noch den letzten Atemzug hergeben für seinen Geldsak. Den schönsten Streich leistete sich der Herr in den letzten Wochen. Eine Auseinandersetzung zwischen einigen Kollegen wegen der letzten Lohnbewegung benutzte er, um zwei deutsche Kollegen, in denen er den Hauptwiderstand gegen seine schrankenlose Ausbeutungsgelüste sah, die Papiere per Post zuzuschicken mit dem Bemerkung, die Polizei sähe in ihnen lästige Ausländer. Diese erbärmliche Handlungsweise stellte sich als Lüge heraus; denn beide Kollegen konnten, trotz seiner Denunzierung bei der französischen Grenzbehörde, zurückkehren. Nun sucht Schäffer seinen Bedarf an Steinseher aus der Gegend von Schludena u (Tschekoslowakei) zu decken, nachdem es ihm nicht gelang, aus Karlsruhe und dem Odessa welche heranzulassen. Die Kollegen allerorts seien gewarnt vor Arbeitsangeboten dieses „Herrn“. Ueber die Zustände im allgemeinen werden wir in den nächsten Wochen an dieser Stelle ausführlich berichten.

Kringell. Am 3. Mai fand am Ort eine Versammlung statt, leider war der Besuch dertat schlecht, daß es zu keiner Beratung der Tagesordnung kam. Die Steinarbeiter hier sind ein eigentümliches Mischgen; Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl sind ihnen fremd. Der vom Verband vereinbarte Lohn ist ihnen schon recht, nur das regelmäßige Beiträge zahlen hält ein Teil der Kollegen für eine unangenehme Einrichtung. Die paar Steinarbeiter, die für den Zusammenhalt wirken, bringen nicht durch, verlieren mit der Zeit auch den Organisationsgeist und so wird zum Nutzen der Arbeitgeber alle Voraussetzung für ein geregelttes Arbeitsverhältnis, in dem der Arbeiter auch Rechte hat, weggeblasen. Vielleicht bringt die Zeit hier noch Aenderung; was in der zurückliegenden Periode war, ist alles vergessen. Nachstehende Bücher von Steinarbeitern am Ort liegen mit größten Rückständen beim örtlichen Kassierer: M. Blüch, Jos. Wiesemer, Joh. Vogl, Jak. Fischbauer, Engelb. Diebl, Anton Kern, Gg. Steinhöfer, Jos. Donih, Jos. Stodinger, Rob. Seidenhofer, Jos. Fiedl, Joh. Neufüringer, Paul Duschl, Max Maner. Daraus ist schon zu ersehen, welcher Geist unter einem Teil der Kollegen herrscht. Solche Kinderkrankheiten von Zahlstellen haben andere gewiß auch durchgemacht, die eine Zahlstelle mehr, die andere weniger. Aber sie haben solche Vorkommnisse doch überstanden und sind groß, kräftig und durchaus gesund geworden. Das heißt mit anderen Worten, daß die übrigen Kollegen sich nicht ansetzen lassen von der erbärmlichen Flaubei. So muß es auch in Kringell sich auswirken. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! Diese harte Notwendigkeit muß bei jeder Gelegenheit den Flammern gezeigt werden, dann wird es anders werden, sonst nicht. Hoffentlich begreifen die Kollegen diesen Hinweis und handeln danach. Solidarität und Kollegialität nur dem, der es verdient.

Rundschau.

Der 5. Internationale Straßentongreß wird nach den Mitteilungen des Sekretariats der Vereinigung der Internationalen Straßentongreß vom 6 bis 13. September 1926 in Mailand stattfinden. Dieser Kongreß wird sich wiederum mit der Betonstraße und weiteren Verkehrsfragen, sowie mit der Frage von Spezialautomobilstraßen beschäftigen. Mit dem Kongreß ist eine große internationale Ausstellung verbunden, die alle für den Straßenbau notwendigen Materialien und Maschinen und darüber hinaus noch eine Ausstellung von Kraftfahrzeugen zeigen wird. Die Arrangierung des Kon-

gresses und der Ausstellung liegt in den Händen der italienischen Abteilung der Vereinigung der Internationalen Straßentongreß.

Ausbau der Wirtschaftsbeobachtung durch den ADGB. Ueberall in den Gewerkschaften ist seit Ende der Inflation neues Leben und neue Initiative zu beobachten. Wertvolle Institutionen, die durch die Marktentwertung bedroht und sogar vielfach eingegangen waren, sind zu neuem Leben erweckt worden, um wie früher die Arbeiterbewegung in weitem Maße zu befruchten.

Vor allem hat es sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht nehmen lassen, die notwendigen Erweiterungen und Neuerungen vorzunehmen, um auf dem Gebiet der Wirtschaft, Handels-, und Sozialpolitik das für die Arbeiterschaft zu leisten, was der Gewerkschafter im Lande von seiner Zentrale mit Recht erwarten darf. Der ADGB wird diese Absicht durch Ausbau seines Bundesbüros verwirklichen. Bei diesem Ausbau ist vor allem großer Wert auf eine eingehende Bearbeitung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen gelegt worden. Für diese Aufgabe hat man gute Kräfte in folgenden Kollegen und Genossen gefunden: Dr. Hans Arons, Berlin, Wirtschaftler und Wirtschaftsstatistiker Dr. Bruno Broeder, Köln, der die sozialpolitischen Fragen bearbeitet wird, und Robert Sachs, bisher Bautiontrollleur und Wohnungspfleger der Stadt Biegnitz. Kollege Sachs wird sich besonders in Fragen des Arbeiterlohnes, insbesondere des Bauarbeiterlohnes betätigen.

Wir wünschen unseren Genossen und Kollegen gedeihlichen Erfolg ihrer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung.

Konkurse und Geschäftsaufsichten. Bei der Uebersetzung der deutschen Geschäftswelt besitzen die Ziffern der neueröffneten Konkurse und Geschäftsaufsichten ein besonderes Interesse. Im ersten Vierteljahr 1925 nahm die Entwicklung folgenden Verlauf:

Konkurse	Januar	Februar	März
Konkurse	796	723	776
Geschäftsaufsichten	256	240	309

Während die Geschäftsaufsichten sich etwas vermehrten, blieb die Zahl der eröffneten Konkurse ziemlich stabil. Gegenüber dem Monat Januar, der mit 31 Tagen am besten zum Vergleich herangezogen werden kann, ergibt sich im März sogar ein kleiner Rückgang. Da die Zahl der eingetragenen Firmen gegenüber der Friedenszeit noch immer sehr hoch ist, wäre eine Vermehrung der Konkurse nicht zu bedauern. Nur der Steinindustrie-Vertreter Dr.-Ing. Steinlein in München hat darüber eine besondere Meinung.

Zwei Schreiberlein gegen Achtstundentag und Washingtoner Abkommen. Der Verlag der „Deutschen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ hat jenen zwei Broschüren herausgegeben, die in hunderten tausenden von Exemplaren — man läßt sich was kosten — an die deutsche Arbeiterschaft verbreitet werden sollen. Die eine Broschüre nennt sich „Arbeiterchaft und Erfüllungspolitik“. Sie ist von einem gewissen „Sojus“ zusammengeschrieben, der sich selbst als „Alter Gewerkschafter“ bezeichnet. Der Verfasser der zweiten Broschüre: „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und den Achtstundentag nicht erfahren“, ist weit unvorsichtiger und nennt seinen wirklichen Namen: Robert Albert, Dresden. Beide Broschüren sind ein Sammelsurium von möglichen und unmöglichen, palenden und unpassenden Zitate sozialistischer und bürgerlicher Schriftsteller, die zu dem Thema in keinerlei Beziehung stehen. Daß beide Verfasser auf die tiefen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Arbeitszeit und Arbeitsleistung nicht eingehen, daß sie die tatsächliche Grundlage der nachkriegszeitlichen Arbeitszeitfrage mit ihren ungeheuren wirtschafts- und handelspolitischen Auswirkungen völlig außer acht lassen, versteht sich von selbst. Aber sie zeigen der Arbeiterschaft, daß es auch im Lager des deutschen Unternehmertums fleißige Schreiberlein gibt, die „von Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft überfließen.“ Sojus macht das nun, indem er in seiner Schreiberlein feststellt, daß, wenn Deutschland seine Unterwürigkeit unter das Washingtoner Abkommen leht, sein Export aufhöre, eine ungeheure Arbeitslosigkeit usw. usw. Das ganze Register kapitalistischer Gelegenheitslagen wird von unserem braven Sojus gezogen. Aber sein Spießgeselle Albert kann es auch. Er weist haarscharf nach, daß, wenn Deutschland das Achtstundentagsabkommen von Washington ratifiziert, die anderen Nationen sich ins Fäufchen lachen werden. A. B. weiß Herr Albert — er sagt es wenigstens — ganz genau, daß Amerika überhaupt nicht ratifizieren wird. Und so kommen denn beide Schreiberlein zu dem Schluß, den der Leser schon lang erraten haben wird, daß die deutsche Arbeiterschaft unbedingt von der „unheilvollen Idee“ des Achtstundentages und der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche ablassen muß.

Die deutsche Arbeiterschaft wird den Wert der in den beiden von uns besprochenen Broschüren betriebenen Agitation nach Verdienst einschätzen, wenn sie erfährt, wer die beiden Schreiberlein sind. Hinter dem Biederermann „Sojus“ versteckt sich kein anderer als — Herr Emil Roth. Dieser „alle Gewerkschafter“ ist ja den Arbeitern genügend bekannt. Aber auch der Sojus dieses Biederermanns, Herr Robert Albert, ist der Arbeiterschaft kein Fremder. Er irrlichtert vor Jahren mal durch die Arbeiterbewegung, mimte den Radikalinski, schraubte in Wut gegen die Revisionisten und bemüht sich jetzt — den Gewerkschaften seine phänomenalen Erkenntnisse beizubringen. In Partei- und journalistischen Kreisen in Breslau und Dresden nennt man ihn — den epileptischen Vaganten. Seine Broschüre über das „Was die Arbeiter über den Achtstundentag und das Washingtoner Abkommen nicht erfahren“ bestätigt diese Auffassung.

Das Gold als Währungsstandard. Immer neue Staaten kehren zur reinen Goldwährung zurück. In Europa war es Schweden, was in der Nachkriegszeit damit den Anfang machte. Die Schweiz folgte. Nunmehr hat auch Holland die Ausfuhr von Gold freigegeben, was belegt, daß auch dieses Land der Umwälzung des Papiergeldes in Gold nichts mehr in den Weg legt. Das wichtigste Ereignis in dieser Beziehung ist aber die Rückkehr Englands zur Goldwährung. Dieser einjährige Zentralgeldmarkt hatte viel von seiner Stellung eingebüßt, die energischen Anstrengungen und die Wiederherstellung des Goldstandards werden die verlorene Weltstellung nicht restlos zurückrufen können. Das englische Pfund hatte sich bis zu 34 Prozent entwertet. Das war für das reiche England ein blamabler Zustand. Wie hoch der Reichtum Englands zu schätzen ist, konnte man aus einer Rede des englischen Schatzkanzlers Churchill vom 4. Mai entnehmen. Er erwähnte, daß England allein drei Milliarden Pfund an ausländischen Werten besitze, deren Zinsen sich auf 220 Millionen Pfund belaufen. Deshalb müsse England, um das Vertrauen zu festigen, zum Goldstandard zurückkehren. Nach

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Mannheim. Für den Streik wurden im „Steinarbeiter“ bereits 480 Mark quittiert. Hinzu kommen noch 50 Mark von Karlsruhe, insgesamt also 530 Mark. Den Gebern nochmals Dank. Heinrich Breß, Kassierer.

Gau 2 und 3. Steinseherfachgruppe. Nach Verständigung mit dem Hauptvorstand habe ich meine Kündigung zurückgezogen und sehe meine Tätigkeit als Gauleiter in der bisherigen Weise fort. Richard Schulze, Niederbriesau Nr 156. Krs. Görlitz.

Tessin. Die beiden Steinschläger Max Neyer und Emil Höpft wollen jeder auf seine Art vom Verband nichts mehr wissen. Die Filialen in der Umgebung von Tessin werden hoffentlich auf diese beiden Steinschläger ihr besonderes Augenmerk richten.

Seebach. Das Mitgliedsbuch Nr. 040 475 auf den Namen Joh. Wiemer ausgehellt, wurde entwendet. Unterstützungsauszahlung mögen sich vor Mißbrauch in Acht nehmen. Das Buch ist ungueltig. E. Heimerl, Kass.

München. In der Quittung für Extraauszahlung zum Streik ist noch die Zahlstelle Weihenstadt mit 25 Mark nachzutragen. Für die Solidaritätsbeweise nochmals Dank. R. Ziemann, Vorsitzender.

Böbau. Alle Kollegen, die beabsichtigen, in den Granitschleifereien von Böbau und Umgegend Arbeit anzunehmen, werden nochmals dringend ersucht, sich vorher bei der Ortsverwaltung oder sonstigen Funktionären zu erkundigen. Dasselbe gilt auch besonders für die Kollegen im Bezirke selbst, die aus verschiedenen Gründen

den Betrieb wechseln wollen. Es stellen sich in letzter Zeit Unruhen heraus, die den Kollegen für die Zukunft nachteilig werden müssen. Einige Unternehmer beobachten die Lattil, möglichst viel Fabrikarbeiter einzustellen, um sich eine Reservearmee zu sichern. Dabei hat sich herausgestellt, daß bei etwaigen kleinen Verschleungen, die, wenn man sucht, auch findet, die Entlassung eintritt. Die Kollegen wandern daher auf ihre eigene Gefahr von einem Betrieb zum andern und schädigen dadurch die Gesamtheit. Es ist mithin strengste Pflicht der Kollegen, obiges zu beachten.

Adressenänderungen.

- Gau: Jülichgau. Vorj. Ernst Jochmann, Schreiftschreiberstr. 15. Kass.: Jakob Krüg, Riegelstr. 1. — Hirschberg (Schles.). Vorj.: Anton Kraule, Jannowik Nr. 98.
- Gau: Dortmund. Kass.: Theo Apfhoff, von der Goltzstraße 53. — Rheinl. Vorj.: Hermann Müde, Genedener Straße 114.
- Gau: Wittichenbach. Vorj.: Fritz Würger. — Neustadt a. Haardt. Vorj.: Peter Weirauch, Haardt bei Neustadt. Kass.: Ludwig Feuer, Haardt b. Neustadt. — Schönach b. Triebberg. Baden. Vorj.: Albert Liebl, Kass.: Werner Groß.
- Gau: Hochwegen. Vorj. Max Zellner, Lothersdorf, Post Tittling. — Hemerau. Vorj. u. Kass.: Georg Gastingen. — Ringell. Vorj.: Ezer Scheifl, Lemjingerberg.
- Gau: Nittlashausen. Vorj. u. Kass.: Mich. Kieleder.

Briefkasten.

Hr. Sawohl, das Geld muß zurückgezahlt werden, geschieht es nicht freiwillig, dann auf dem Klagewege. Vorausgesetzt natürlich, daß der Versicherte mit seiner Altersangabe nicht zurückgehalten hat. Der Kassierer macht sich in einem solchen Fall des Betruges schuldig.

Hr. Sch. Nicht so wichtig, kann zurückgestellt werden bis Raum, veraltet nicht.

H. S. Aufnahme lehne ich ab. Das Gewünschte ist keine Tattil, sondern das Gegenteil davon.

Zur Beachtung! Quittungen der Zahlstellen über Extraauszahlungen oder Zuweisungen werden künftig nur nach Abschluß veröffentlicht.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. H. W. Dieß Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Gewerkschafts-Archiv. Herausgeber Karl Zwimg. Verlag Gewerkschafts-Archiv, Jena, Camsdorfer Straße 10. Diese Monatshefte sind der Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Preis des Heftes 1.20 Mk.

Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgeber Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. H. W. Dieß Nachfolger, Berlin, Lindenstraße 3. Erscheinungsweise monatlich. Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an. Einzelheft 1.20 Mk. Vierteljährlich 3.60 Mk.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschafts-, Politik und Wirtschaftskunde. Herausgeber T. H. Lepart. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6. Post und Buchhandlungen und Ortsauschüsse übernehmen Bestellungen. Vierteljährliches Abonnement für Organisationsmitglieder 2.40 Mk. Sonst 3 Mk.

Die letzte Nummer der Weltwirtschaft bringt wie üblich knappe und klare Darstellungen über die Ereignisse des vergangenen Monats auf dem Gebiet der Weltwirtschaft, Weltwirtschaft, internationalen sozialen Bewegung, sowie über Wirtschaftslage und soziale Bewegung des Deutschen Reichs für den Gebrauch der Arbeitnehmer. Der Bezugspreis beträgt 6 Mark pro Jahr. Wegen Zufendung von Probeexemplaren wende man sich an die Administration der Weltwirtschaft a. u. Heidelberg, Gaisbergstraße 68.

Anzeigen

Maschinen-Spalter
für Kleinpflaster sofort gesucht.
Wohnung für Ledige vorhanden.
Bezahlung nach Tarif.
Granitwerke Bornscheim
Wurzach i. Thür.

Tüchtige
s. s. Granitsteinmetzen
sowie
Maschinen- u. Handschleifer
stellt ein
Granitwerke Paul Fingas, Liegnitz

Einem tüchtigen
Steinmetz
für Grabarbeit in Syenit sofort
gesucht. Winterarbeit vorhanden
Bildhauer W. Schlenkrich
Oberneukirch (Ober-Lausitz)

Tüchtiger
Marmor-Steinmetz
firm in allen Marmorarbeiten, besonders
für verteilte Marmorarbeiten, in dauernde
Stellung sofort gesucht.
Brückner & Seidel, Marmorwerk
Chemnitz, Stadlerstraße 18.

Mehrere
Schrifthauer
für umfangreiche Kriegsschriften
stellt bald oder später ein
Steinindustrie Karl Stahlberg
Hirschberg i. Schles.

Einem tüchtigen
STEINMETZ
der auch selber Anzeichnen
und Schriftthauen kann,
stellt sofort ein
Karl Börner & Sohn
Grabsteingeschäft
Ober-Waldenburg i. Schles.

Steinmetz
gesucht. Schrifthauen
Bedingung. Kost und Logis im
Hause. Lohn nach Vereinbarung
Paul Wohnlich, Uelzen (Hann.)

Bruder wo steckst Du?
Ludwig Kraus, Steinmetz
Freyburg a. Unstrut
Echstädter Straße 10, II.

Suche 2 Steinsetzer
gübt in Reihenpflaster
Otto Priegnitz, Steinsetzmeister
Güstrow, Langeatege 10.

Bücher die in keiner Stadtbibliothek
haben, für Betriebsräte und
Gewerkschaftsfunktionäre empfehle
Verlag des ADGB, Berlin S. 14
Inselstraße 6.

Pflastersteinmacher und Steinmetzen
gegen gute Akkordlöhne sofort gesucht.
Granitsteinwerk Ernst Reinsberger, Bärenwalde i. Sa.

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelandt werden:
In Verden am 3. April der Steinseher Johann
Häberger, 62 Jahre alt, Knochenverletzung
In Ebersbach i. Sa. am 18. April der Breder Adol.
Krause, 47 Jahre alt, Wasserkrampf.
In Födelberg am 28. April der Pflastersteinmacher
Jakob Klein i. 57 Jahre alt, Magenkrebs.
In Striegau am 30. April der Breder Heinrich
Anforge, 48 Jahre alt, Nierenleiden.
In Hamburg am 5. Mai der Steinmetz Franz Tadel.
45 Jahre alt, Lungenleiden.
Chresthem Anderten!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag
von Ernst Rindler beide in Leipzig
Druck. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Petzsch